Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 289. | Dresden, Dienstag den 14. Dezember 1909. | 20. Jahrg.

Die Proklamierung des schwarzen Blocks.

Der vierte Tag der Etatsdebatte im Reichstag brachte als interessantestes Ergebnis eine neue konservativ-klerikale Verbrüderungskundgebung. Nicht bloß der abgesägte badische Kammerpräsident Fehrenbach, sondern auch der vor nicht allzulanger Zeit in offiziösen Waschzetteln als Erzfeind denunzierte Herr Erzberger proklamierten die Notwendigkeit eines Zusammengehens aller konservativen Parteien, wie Herr Fehrenbach ausdrücklich sagte. Weise und Gibelline, Pfaffe und Junker liegen sich in den Armen. Die katholischen Exdemokraten aus dem Schwabenlande tauchen schmatzende Küsse mit dem noch in rheingoldiger Stimmung taumelnden Edlen Gans zu Putlitz, dem Oberfeldirektor und unmittelbaren Vorgesetzten des Herrn Kreth.

Der Edle Gans zu Putlitz versuchte wieder einmal das alte, aber leidlich abgebrauchte Kunststück, verletzte monarchische Gefühle zu markieren. Mit der Unverfrorenheit, die Junkern und Feldirektoren eigen ist, schrie er noch einem kleinen Geschäftsordnungssozialistengesetz. Dabei ist es noch keinem deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten eingefallen, in deutschen Parlamentsverhandlungen ein Hoch auf die Republik auszubringen, während der Standes- und Gesinnungsgenosse der Gänse von Putlitz und anstiger junuchauerlicher Quitzows, der freche französische Junker Baudry d'Asson, fast tagtäglich ohne jede Veranlassung mitten in die Verhandlung der französischen Deputiertenkammer ein Hoch auf den König hineingröhlt — ohne daß irgendein republikanischer Abgeordneter nach einer Zwangsjacke für den verrückten Junker ruft. Aber wir sind es von der junkerlichen Unverschämtheit ja gewohnt, daß sie überall und aller Orten für sich selbst in Anspruch nimmt, was sie anderen Leuten verbieten will. Daß es sich zum Ueberfluß bei unseren Junkern gar nicht einmal um echten Monarchismus handelt, wissen wir. Es handelt sich für sie nur darum, die Krone ihrer Ausbeutungssucht dienstbar zu machen.

Genosse Frank wies in seiner geistreichen, an witzigen und treffenden Wendungen reichen Rede dies so überzeugend nach, daß die Junker gar nicht oder nur in unartikulierten Lauten zu antworten wagten. Das Zentrum aber kam in der Rede unseres Genossen nicht zu kurz. Wie Frank den Edlen Gans abgefertigt, so fertigte er auch Herrn Gröber ab. Genosse Frank brauchte Herrn Gröber nicht zu übergröbern. Er konnte Tatsachen sprechen lassen. Vor zwei Jahren ist die Entrüstung Gröbers und des Zentrums über liberal-sozialdemokratische Wahlbündnisse vorausahnend als Heuchelei gekennzeichnet worden — von Herrn Gröber, der damals sehr beachtenswerte Darlegungen über die Stichwahlbündnisse zwischen Zentrum und Sozialdemokratie machte. Inzwischen freilich ist das Zentrum hoffähig geworden und trieft von einem Byzantinismus, der noch übler riecht als die Königstreue der Rheingoldtriarier. Die Gröber und die Gänse veranstalten jetzt ein Wettbauchrutschen um die Gunst der deutschen Landesväter. Viel Glück dazu! Das Volk weiß, was es von diesen alt- und neugebackenen Prozentpatrioten zu halten hat. Die Heuchelei der Zentrumsredner ist so plump, daß sie auch einem Müller-Meiningen billige Triumphe ermöglichte.

Am Dienstag stehen der Nachtragsetat und die Interpellationen über den Zwangsarbeitsnachweis der Bergherren auf der Tagesordnung.

Der Riesennachtragsetat. — Endlich Gratisputzzeug für die Soldaten. — Die arbeitslosen Tabakarbeiter.

* Die Budgetkommission des Reichstags trat am Montag zu ihren Sitzungen wieder zusammen. Vorsitzender ist wieder Freiherr v. Gamp-Massaunen. Die Kommission hat sich mit dem riesigen Nachtragsetat für 1909 zu beschäftigen, der darauf hinausläuft, daß eine neue Anleihe in Höhe von 521 701 419 M. aufgenommen wird. Der Nachtragsetat stellt sich als eine Art Aufrechnung dar, durch welche die bisherige Schlamperwirtschaft des Reiches zum Abschluß gebracht werden soll. Wenn diese Sache ins reine gebracht worden ist, soll ja in Zukunft vernünftiger als bisher gewirtschaftet werden. Die Botschaft hör' ich wohl ... In der Hauptsache hat der Nachtragsetat nur formale Bedeutung. Er enthält nichts, was nicht schon bei der Finanzreform und der Beschlußfassung über die Besoldungsreform festgelegt worden ist. Die Erhöhungen bei den meisten Etatstiteln sind auf die Gehaltserhöhungen infolge der Besoldungsreform zurückzuführen. Deshalb konnte die Kommission die Etats des Reichstags, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes und des Reichsamtes des Innern debattelos erledigen.

Im Nachtragsetat für das Reichsheer ist neu die Regelung der Etatisierung der Adjutanturoffiziere. Der vielbesprochene Aggregiertenfonds ist auf 50 000 M. herabgesetzt worden. Dafür sind 100 daraus bezahlte Offiziere auf den Etat übernommen worden. Neu ist im Heeresetat ferner, daß endlich 3 Millionen Mark zur Beschaffung von Putzzeug und Putzmaterial für die Soldaten bereitgestellt worden sind. Die Ausgabe verteilt sich auf 1½ Million Mark für Putzzeug und 1½ Million Mark für Putzmaterial. Jeder Rekrut der nicht berittenen Truppen soll bei seinem Eintritt in das Heer 7,10 M., bei den berittenen Truppen 8,80 M. erhalten. Major Hofmann vom Kriegsministerium teilte auf eine Anfrage mit, die zur Auszahlung gelangende Summe werde den Rekruten am Tage des Eintritts als eine persönliche Gebühr eingehändigt. Das Putzzeug werde in der Regel vom Truppenteil eingekauft. Bringe der Mann brauchbare Sachen mit, so behalte er das Geld als Bezahlung für sein Eigentum. Das Putzmaterial ist ebenfalls bisher in der Regel vom Truppenteil geliefert worden; die Bezahlung erfolgte durch Abzug von der Löhnung. Es bleibe bei der bisherigen Beschaffung, nur habe der Soldat nichts mehr zu zahlen. Für die Marineverwaltung machte ein Kapitän ähnliche Ausführungen. Abg. Singer (Soz.) regte an, die Beschaffung der Putzmittel so einfach wie möglich zu gestalten, indem jeder Rekrut alle Dinge geliefert erhalte, die er brauche. Jede unnötige Schreiberei und Rechnerei sollte vermieden werden. Im übrigen gab Singer seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß endlich dem sozialdemokratischen Drängen nachgegeben worden sei, indem die Lieferung der Putzsachen nun auf Reichskosten erfolge. Von der Militärverwaltung wurde dagegen behauptet, daß die vorgeschlagene Regelung die denkbar einfachste und praktischste sei. Die Kommission bewilligte die 3 Millionen, ohne sich mit der Etatisierung einverstanden zu erklären.

Ueber die Durchführung der Besoldungsordnung sind viele Klagen aus den Reihen der Beamten laut geworden. Bei der Beratung des neuen Etats wird die Kommission darüber in Erörterungen eintreten.

Im Nachtragsetat für das Reichsschatzamt werden 2 Millionen Mark für die Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter gefordert. Erzberger fordert Auskunft darüber, ob mit den 4 Millionen Mark, die als Gesamtsumme für Unterstützungen bewilligt wurden, auszukommen ist. Abg. Singer betonte, daß über die Frage der Unterstützung der beschäftigungslos gewordenen Tabakarbeiter gründlich bei der Beratung der darauf bezüglichen sozialdemokratischen Interpellation gesprochen werden müsse. Staatssekretär Wermuth führte aus: Von dem 4-Millionenfonds werden bis zum 1. April 1910 zur Verausgabung 2 Millionen gelangen, 1½ Million im Etatsjahr 1910, der Rest von einer halben Million später. Gebunden sei er aber an diese Art der Verteilung nicht. Er schilderte eingehend, wie er die Vertreter der Arbeiter gehört hat, und stellt in Aussicht, daß er auch in Zukunft enge Fühlung mit den Arbeitern unterhalten wird. Die Unterstützungsberechtigung hat er den Werkmeistern der Tabakindustrie und den Kistenmachern usw. zugestanden. Auch in anderen Dingen hat das Reichsschatzamt Entgegenkommen gezeigt. Das Gesetz ziehe ihm enge Schranken, da die Vornahme der Unterstützung ausdrücklich den Einzelstaaten zugewiesen sei. An Unterstützungen wurden bis Ende November 1 298 624 M. 52 Pf. an arbeitslose Tabakarbeiter ausgezahlt. Der Hauptposten kommt auf den Bezirk Münster i. W. Bis Ende Oktober waren 84 000 Unterstützungsgesuche eingegangen. Es gebe jedoch bei weitem nicht so viele Arbeitslose, sondern auf einzelne Personen, die zeitweise aussetzten, kommen mehrere Gesuche. Bis zum 1. April 1910 werden nach Annahme des Reichsschatzamtes 2½ Million Mark für Unterstützungen aufzuwenden sein. Die Ausführungen des Staatssekretärs, die sich auch auf die vermutliche Dauer der Krise in der Tabakindustrie, mißbräuchliche Ausnutzung des Unterstützungsfonds u. a. Dinge bezogen, werden wörtlich dem Kommissionsbericht beigefügt werden, damit sie der Oeffentlichkeit bekanntgegeben werden können. In der Diskussion darüber hob Abg. Singer hervor, daß er nicht glaube, daß die sozialdemokratische Interpellation überflüssig geworden sei, und trat sodann einzelnen Wermuthschen Ausführungen in bezug auf die Tabakarbeiter entgegen, die ihres Körperzustandes wegen vielfach nicht in der Lage seien, andere, besonders aber nicht schwere Arbeit anzunehmen. Es wurde beschlossen, statt 2 Millionen 2½ Million Mark zur Unterstützung der Tabakarbeiter für die Zeit bis 1. April 1910 in den Etat einzustellen.

Der Nachtragsetat kam in dieser Sitzung vollständig zur Erledigung.

Das Dossier Aehrenthals und der serbokroatische Hochverrat.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, am 12. Dezember.

-th- Zweiundfünfzig der serbokroatischen Koalition angehörige Abgeordnete des Agramer Landtags haben gegen den bekannten deutschösterreichischen Historiker Friedjung und gegen die christlichsoziale Reichspost Ehrenbeleidigungsklage erhoben. Es ist dies die neueste Sensation im Gefolge derer, die Aehrenthal, der Wiener Bismarck, uns und der Welt beschert. Friedjung, der Verfasser des Kampfes um die Vorherrschaft in Deutschland und mehrerer Werke über österreichische Geschichte, früher deutschnationaler und großdeutscher Publizist, ist jetzt zum engsten Vertrauten des Ministers des Auswärtigen geworden, und wie es scheint: redliche Begeisterung treibt ihn, Aehrenthals Politik mit der Feder zu vertreten, was er namentlich auf dem Papier der Vossischen Zeitung tut. Durch ihn, den die deutschen Fachgenossen hochschätzen, den sie jüngst zum Heidelberger Ehrendoktor erhöht haben, erfährt Deutschland zumeist über die Ziele und Absichten des Wiener Kabinetts, durch ihn spricht Aehrenthal im Reiche. Nun hat sich aber Friedjung in den Tagen der kriegerischen Erregung fortreißen lassen, in einem in der Wiener Neuen Freien Presse veröffentlichten Artikel Supilo, Medakowitsch und andere hervorragende Abgeordnete der Koalition des Hochverrats und der Annahme serbischer Subventionen anzuklagen. In derselben Richtung bewegten sich die Artikel des führenden christlichsozialen Organs, des Leibblattes des Thronfolgers, dessen Chefredakteur Funder als Zeuge vor Gericht steht.

Beide, Friedjung und Funder, gründen ihre Angriffe auf die kroatisch-serbische Koalition, in der ein ehemaliger Banus und ein ehemaliger Feldmarschalleutnant sitzen, auf Abschriften von Schriftstücken, die sie, wie man nach ihren Reden nicht zweifeln kann, teils vom Auswärtigen Amt, teils aus der Umgebung des Thronfolgers erhalten haben. Die Anklage, die sie daraus schmieden, ähnelt in wesentlichen Stücken der, die in dem Agramer Prozeß traurigen Angedenkens eine so seltsame Beleuchtung erfuhr. Sie weisen jeder eine umfängliche Broschüre vor, die die Selbstzeugnisse der serbischen Schuld enthält. Danach hätte das serbische Auswärtige Amt einen Dispositionsfonds von 1 875 000 Frank zur Verfügung, der zu erheblichem Teil für die Agitation in österreichischen und ungarischen Gebietsteilen verwendet wurde. Vor drei Jahren, als Kossuth noch mit Wien im Kampfe lag und nach Bundesgenossen Ausschau hielt, förderte Belgrad die kroatisch-ungarische Allianz, die in der Fiumaner Uebereinkunft ihren Ausdruck fand und angeblich zur geheimen Absicht hatte, Bosnien an Serbien auszuliefern. Wie dann Kossuth zur Herrschaft gelangt, erlitt die Freundschaft einen Knick, und vergeblich suchte er — auch dafür wird ein sogenanntes Dokument präsentiert — auf dem Umweg über Petersburg und Berlin zugunsten der Kroaten zu vermitteln. Aber Rauch wurde Banus in Kroatien, der einstige Verbündete Kossuth verhängte über das halb autonome Land ein despotisches Regime. Der Landtag wurde aufgelöst, bei den Wahlen erhielten die Führer der kroatischen Koalition 12 000 Kronen Subsidien von der serbischen Regierung, wobei der Verein „Slowenski Jug" den Mittelsmann abgab. Der „Slawische Süden" leidet, wenn man den angeblich durch Veruntreuung erworbenen Abschriften der Protokolle trauen dürfte, an einer krankhaften Schreibseligkeit, und protokolliert die verhängnisvollsten Daten. Da sind die Verhandlungen mit dem Staatssekretär Spalajkowitsch wegen der 12 000-Franken-Subvention verzeichnet, die Auszahlung, der Kassenschein. Da wird gemeldet, wie dann später beschlossen wurde, die kroatischen Abgeordneten Supilo, Budisawljewitsch, mehrere kroatische und bosnische Blätter mit Subventionen auszurüsten. Supilo erscheint fünfmal mit verschiedenen Summen. Aeltere Notizen vermelden auch von Geldunterstützungen, die zwei flüchtigen Teilnehmern an dem Attentat gegen den Fürsten von Montenegro gewährt wurden.

Die Offenherzigkeit hat keine Grenzen, als erste Wirkung der niederschmetternden Nachricht von der Annexion Bosniens erscheint der Beschluß, „unseren Freunden Ljubo-Babitsch-Djanski, Supilo, Medakowitsch (den Präsidenten des kroatischen Landtags) entsprechend Mitteilung zu machen und sich der Führer und Publizisten in Bosnien zu versichern". Die Zentralleitung bittet den Minister des Auswärtigen, Milowanowitsch, „die erforderliche Menge Gift zur Vergiftung der Brunnen und Sprengmittel zur Verfügung zu stellen" und beschließt, Supilo und Genossen aufzufordern, „sie möchten den drohenden Ueberfall Oesterreichs auf das Serbentum durch einen allgemeinen Aufstand in ihren Landesteilen entkräften". Endlich erzählen dieselben Protokolle auch, daß die Versöhnung zwischen Serbien und Montenegro hauptsächlich auf Betreiben der kroatischen Landtagsabgeordneten geschehen sei. Noch mehr. Es wird auch mitgeteilt, wie die „hochverräterischen Abgeordneten" dem Budapester serbischen Generalkonsul, mit dem sie als Mitglieder des Pester Reichstags ungestört verkehren können, ständig Bericht erstattet haben. Kurz, wenn die Protokolle eigens verfaßt worden wären — Herrn Aehrenthal das Anklagematerial bequem zusammenzustellen, könnten sie auch nicht anders lauten. Dann sind noch Abschriften von Briefen des genannten Generalkonsuls an sein Ministerium, und eine Instruktion des Ministers Milowanowitsch, die nach der Unterwerfung Serbiens an die Gesandten herausgegeben wurde, vorhanden; die „Instruktion" mahnt zu vorsichtigeren Formen der Abfallspropaganda und liefert den Beweis, daß das Werk des Verrats und der Verführung noch weiter geht, vorausgesetzt, daß das Auswärtige Amt die echten Papiere hat stehlen lassen und nicht durch falsche Abschriften düpiert wurde.

Dies nämlich behaupten die Kläger. Und obwohl sich Friedjung auf seine wissenschaftliche Methode der Prüfung von Dokumenten beruft, ist der Einwand der Kroaten nicht so leicht abzuweisen. Herr Funder hat überhaupt kein Original gesehen, er verweist nur darauf, daß eine zuständige Stelle, d. h. die Wiener Diplomatie, die Schriftstücke für echt befunden hatte. In der Tat wurde sogar auf Grundlage der Protokolle vom Generalstab eine Karte entworfen, die alle Punkte verzeichnet, wo im Fall der Revolte in Bosnien die Bandenbewegung einsetzen würde. Indes die Abschriften enthalten Unwahrscheinlichkeiten die schwere Menge und in zwei Fällen ist es schon jetzt, im Verlauf der ersten drei Tage des Prozesses, gelungen, die Unechtheit mehr als wahrscheinlich zu machen. Die Protokollabschrift nämlich, die von der Unterstützung zu den „kommenden" Wahlen redet, trägt das Datum „10. März", die Wahlen fanden jedoch im Februar statt. Die Mitteilung über Vermittlungsversuche zugunsten der Koalition fällt in eine Zeit, da Kossuth und die Kroaten noch gut Freund waren. Und nun das Böseste: gerade die falsch datierte Protokollabschrift ist die einzige, von der eine photographische Abbildung des angeblichen Originals vorgelegt wurde. Der serbische Lieferant des Herrn Aehrenthal mag mehr Wert auf das Geld als auf die Echtheit des gelieferten Materials gelegt haben. Andrerseits sind Subventionen und Bestechungen zu politischen und persönlichen Zwecken in Serbien wie in Kroatien gang und gäbe und in einem Fall gestern auch ziemlich einwandfrei nachgewiesen worden.

Es ist übrigens mehr als zweifelhaft, ob Graf Aehrenthal an dem Prozeß ungemischte Freude empfindet. Er stellt sich als unvermeidliche Folge der übertriebenen publizistischen Aktionen dar, mit denen Aehrenthal die Annexion begleitete,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19091214/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG